

EEG-Umlage | 29.10.2021 | Lesezeit 3 Min.

Interview: „Je schneller auf null, desto besser“

Die ersten vorsichtigen Formulierungen im aktuellen Sondierungspapier der möglichen Ampel-Koalitionäre deuten ein schnelleres Tempo beim Klimaschutz an. Beschlossen scheint dabei die schnelle Abschaffung der EEG-Umlage zu sein. Im Interview erklärt Energieökonom Andreas Fischer vom Institut der deutschen Wirtschaft, wieso dieser Schritt richtig ist und worauf es bei der staatlichen Förderung der Erneuerbaren künftig ankommt.

Die EEG-Umlage hat es ermöglicht, dass sich die erneuerbaren Energien in Deutschland überhaupt etablieren konnten. Warum ist sie jetzt das Schmutzkind, das keiner mehr will?

Das EEG hat einerseits dafür gesorgt, dass es mit den erneuerbaren Energien erst richtig los ging und dass es sich für Betreiber überhaupt gelohnt hat, Anlagen zu bauen. Andererseits ist die Umlage in den letzten Jahren so hoch ausgefallen, dass der Strom einfach zu teuer wurde. Die Energiewende braucht aber den Wechsel zum potenziell klimafreundlicheren Energieträger Strom – nur muss man sich das eben auch leisten können. Momentan wird der Verbraucher durch den Wechsel von Gas, Kohle und Öl auf sauberen Strom zu stark belastet und das sollte nicht sein.

Die zügige Abschaffung der Umlage scheint beschlossene Sache.

Wie schnell es am Ende wirklich geht, wird sich zeigen. Die Abschaffung macht aber Sinn, schließlich erleben wir schon jetzt einen deutlichen Rückgang. Zum

Jahreswechsel sinkt die Umlage um gut 40 Prozent. Grundsätzlich gilt deswegen: je schneller auf null, desto besser.

Es wäre der richtige Hebel, die Verbraucher durch eine Abschaffung der EEG-Umlage und am besten einer Absenkung weiterer Kostenbestandteile wie der Stromsteuer zu entlasten.

Würde sich dadurch für die Betreiber von bestehenden Anlagen etwas ändern?

Nein, auch wenn die EEG-Umlage abgeschafft wird, bekommen Betreiber die garantierte Förderung weiter ausgezahlt. Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe: Bei der Abschaffung der EEG-Umlage sollen nur die Kosten des Erneuerbare-Energien-Ausbaus nicht mehr auf den Verbraucher abgewälzt werden. Die Förderung soll weiterhin durch Mittel aus dem Haushalt und den Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung sichergestellt werden.



Wie sieht die staatlich garantierte Förderung von erneuerbaren Energien künftig aus – brauchen die Anlagenbetreiber bald überhaupt noch Zuschüsse?

Es hängt vieles davon ab, wie sich der Strompreis entwickelt. Natürlich fällt die Förderung für Erneuerbare in Zeiten ohnehin hoher Energiepreise nicht sehr üppig aus, da den Anlagenbetreibern schließlich die Differenz zwischen Einnahmen am Strommarkt und den Kosten der Energieerzeugung gezahlt wird. Bei den Strompreisen der vergangenen Wochen braucht keine Windanlage auch nur einen Cent Förderung. Das ist allerdings eine Momentaufnahme. Es gibt auch schon einige

Beispiele, bei denen gar keine finanzielle Förderung mehr beantragt wurde, beispielsweise bei Windanlagen auf See.

Wenn wir also längere Zeit hohe Kosten für Kohle und Gas haben, dann finanzieren sich die Erneuerbaren von allein. Aber: Wenn die Energiepreise wieder runtergehen, wird die Förderung wieder nötig. Langfristig wird es spannend, wie die Koalition den weiteren Übergang gestalten will, um die Erneuerbaren ganz in den Markt zu kriegen.

Die derzeit über eine Koalition verhandelnden Parteien haben durchblicken lassen, dass sie auch einen stärkeren Ausbau der Erneuerbaren planen - kann damit die drohende Grünstromlücke verhindert werden?

Erst mal die Ausbauziele hochzusetzen, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Aber: Allein Ziele zu setzen bringt wenig. Die scheidende Regierung hatte sich schließlich auch Ziele gesetzt, die sie nachher nicht erreicht hat. Umso wichtiger ist es jetzt, auch ein konkretes Maßnahmenpaket zu verabschieden – das etwa die Flächenvergabe für Windanlagen oder die Erleichterung von Planungsverfahren beinhaltet. Hoffnung machen da die ersten Formulierungen im Koalitionspapier. Dort steht zum Beispiel, dass 2 Prozent der Landfläche für die Windenergie zur Verfügung gestellt werden sollen und dass man die Akzeptanz der Bürger durch finanzielle Beteiligungen erreichen will. Die bisherige Bundesregierung hatte hierfür fixe Abstände von Windenergieanlagen eingeführt, die den weiteren Ausbau belasten.

Wenn die EEG-Umlage, wie Sie sagen, zum Jahreswechsel drastisch sinkt, dürfen sich die Verbraucher dann darauf freuen, bald weniger für Strom zahlen zu müssen?

Theoretisch ja. Aber es ist schwer abzusehen, ob und wie stark die Verbraucher angesichts der aktuell hohen Börsenstrompreise wirklich entlastet werden. Der Strompreis hängt von vielen Faktoren ab. Es wäre aber der richtige Hebel, die Verbraucher durch eine Abschaffung der EEG-Umlage und am besten einer Absenkung weiterer Kostenbestandteile wie der Stromsteuer zu entlasten. Das würde langfristig in jedem Fall spürbar bei den Verbrauchern ankommen.

Im Interview: Andreas Fischer *Economist für Energie und Klimapolitik*

- Seit 2019 im IW
- Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität zu Köln

- Masterstudium Economics mit dem Schwerpunkt Energiewirtschaft
- Forschungsschwerpunkte: Energieversorgung, Energiemärkte, Sektorkopplung, Erneuerbare Energien, Wasserstoff (PtX), Emissionshandel, klimapolitische Instrumente



Telefon: 0221 4981-402

E-Mail: fischer@iwkoeln.de

Kernaussagen in Kürze:

- Die Abschaffung der EEG-Umlage ist sinnvoll, sagt Energieökonom Andreas Fischer vom Institut der deutschen Wirtschaft.
- Auch wenn die Umlage zum Jahreswechsel erst mal um gut 40 Prozent sinken werde, gelte: je schneller auf null, desto besser.
- Wie die staatliche Förderung der Erneuerbaren künftig aussehen wird, hängt laut Fischer vom Strompreis ab – bei den Strompreisen der vergangenen Wochen brauche keine Windanlage auch nur einen Cent Förderung.